

Zunächst erläuterte Herr Dr. Pich seinen eingereichten Antrag.

Herr Lübken verwies in seinen Ausführungen auf die seinerzeit durchgeführte Personalbemessung, über die nun im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss beraten und entschieden werden soll.

Herr Metz begründete die aus Sicht der Politik erforderliche Umorganisation bezüglich der Hausmeister. Dies soll in den nächsten 1 bis 2 Jahren vollzogen werden. Danach soll erneut beraten werden, wenn sich herausstellt, dass an gewissen Stellen gegengesteuert werden muss.

Herr Knülle teilte mit, dass sich seine Fraktion gegen die Streichung einer Hausmeisterstelle ausgesprochen habe. Daher stimme er dem Bürgerantrag auch zu.

Frau Schmidt schloss sich in ihren Ausführungen Herrn Knülle an. Daher werde ihre Fraktion den Bürgerantrag unterstützen.

Herr Koculan führte aus, dass an jeder Schule in Menden ein Hausmeister verfügbar sein muss und keine Stelle gestrichen werden soll. Gleichzeitig verwies Herr Koculan auf den Antrag seiner Fraktion zu diesem Punkt in der anschließenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Herr Schell führte u.a. aus, dass sich seine Fraktion seinerzeit ebenfalls für die Einsparung einer Stelle ausgesprochen habe. Gleichzeitig bot er Herrn Dr. Pich an, direkt das Gespräch mit seiner Fraktion zu suchen. Zurzeit sehe er aber nicht die Möglichkeit, hier anders zu entscheiden.

Herr Kammel schloss sich in seinen Ausführungen denen von Herrn Metz an. Aufgrund der sehr angespannten Haushaltslage müssen alle Möglichkeiten geprüft werden wo gespart werden kann. Daher sollte man dies erstmals so durchführen. Wenn man aber feststellt, dass dies so nicht funktioniert, dann muss entsprechend wieder gehandelt werden.

Der Bürgermeister teilte abschließend mit, dass hier im Unterausschuss kein Konsens gefunden werden kann. Des Weiteren verwies er darauf, dass diese Thematik ebenfalls noch im Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss beraten werde. Ferner wies er auf den Antrag der Fraktion Die Linke hin, der in der sich anschließenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ebenfalls beraten werden wird.